



## Resolution des Exekutivkomitees in Vancouver, Kanada, vom 12. bis 16. Juni 2000

### Resolution A: "Privileg"

**FICPI**, die Internationale Föderation von Patentanwälten, die die freiberuflich tätige Patentanwaltschaft weltweit umfassend repräsentiert, hat auf ihrer Exekutivkomitee-Sitzung und ihrem Weltkongress in Vancouver vom 12. bis 16. Juni 2000 folgende Resolution verabschiedet:

**Erkennend** die Notwendigkeit für einen Mandanten, freie, ehrliche und offene Kommunikation mit seinen Beratern auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ("IP") zu haben und Gutachten sowie Rat von ihnen zu erhalten,

**verstehend**, dass Kommunikationen zwischen einem IP-Berater und einem Mandanten - auch wenn sie vertraulich sind - in einigen Rechtsordnungen Gegenstand von Beweisermittlungsverfahren sein können,

**ausgehend davon**, dass diese Kommunikationen mit einem IP-Vertreter stattfinden können, der seinen Sitz außerhalb dieser betreffenden Rechtsordnung hat,

**anerkennend** die möglichen Konsequenzen, die das Offenlegen derartiger Kommunikationen in einem Rechtsstreit in diesen Ländern haben kann,

**anerkennend** den internationalen Charakter eines Teils der IP-Rechtsstreite,

**in dem Wissen**, dass die IP-Vertreter in einigen Ländern oder Regionen registriert sein müssen, um praktizieren zu können, in einer Reihe anderer Länder Mitglieder einer akkreditierten beruflichen Vereinigung sein müssen, und in anderen Ländern keine Qualifikation haben müssen,

**anerkennend**, dass zur Einreichung einer Schutzrechtsanmeldung bei einem regionalen Patentamt ein Mandant vorziehen wird, einen Vertreter aus einem Bereich mit rechtlichem beruflichem Privileg zu beauftragen, anstatt einen Vertreter in einem Land ohne dieses Privileg,

**meinend**, dass der Effekt, den dies auf die Dienstleistungserbringung in dieser Region hat, ungerecht ist,

**verabschiedet die FICPI die Resolution**, dass für ein effektives Management von internationalen Rechtsstreiten dem Mandanten eines IP-Vertreters bezüglich Kommunikationen mit dem Vertreter der Schutz des rechtlichen beruflichen Privilegs zuerkannt werden sollte, und

**fordert auf** die betreffenden Organe in den Ländern oder Regionen, in denen es bisher solchen Schutz nicht gibt, ihre Gesetze so weit wie erforderlich zu ändern, um rechtliches berufliches Privileg zu schaffen bezüglich Kommunikationen zwischen einem Mandanten und einem registrierten IP-Vertreter oder Vertretern, die Mitglieder einer akkreditierten beruflichen Vereinigung sind, und fordert, dass alle Länder das rechtliche berufliche Privileg anerkennen, das in anderen Ländern besteht.

**und fordert auf** die betreffenden Organe in Ländern und Regionen, ihre Gesetze zur Etablierung eines geeigneten Systems der Anerkennung von qualifizierten IP-Vertretern zu ändern.